

Inland

# Alles Kriminalitätsbekämpfung

## Hamburg: 17 Afrikaner per internationalem Charterflug abgeschoben. Vier Bundesländer beteiligt

Jana Frielinghaus

Der Hamburger Innensenator lobte die »hervorragende Organisation« einer von der Ausländerbehörde der Hansestadt und vom Bundesgrenzschutz (BGS) vorbereiteten Massenabschiebung. Per internationalem Charterflug wurden am Montag morgen nach Angaben der Innenbehörde 17 Personen nach Afrika deportiert. Trotz einer Protestaktion von Flüchtlingshilfsorganisationen verlief die Aktion offenbar reibungslos und zur vollsten Zufriedenheit der Behörden.

Innensenator Udo Nagel (parteilos): »Diese internationale und bundesweite Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung ist beispielhaft zukunftsweisend.« Bereits am 1. September hatte das Hamburger Abendblatt betont, daß es sich bei den Abzuschiebenden »hauptsächlich« um »Straftäter« und solche Personen handele, »von denen nach Erfahrungen in der Haft Widerstand zu erwarten ist«. Laut Hamburger Innenbehörde wurden mit der Chartermaschine die Länder Burkina Faso, Togo und Benin angefliegen. Fünf der Betroffenen befanden sich bis zur Deportation in Hamburg in Abschiebehaft. Sie hätten sich »als äußerst reiseunwillig gezeigt«. Teilweise seien »bis zu vier Abschiebungsversuche auf Linienflügen gescheitert«. Sechs Personen seien, so Ausländerbehördensprecher Norbert Smekal am Montag gegenüber jW, aus Belgien und der Schweiz zum Hamburger Flughafen gebracht worden. Weitere angefragte europäische Staaten hätten »aktuell keinen Bedarf« gehabt, Leute nach Westafrika abzuschieben.

Auch in anderen Presseberichten wurde die »Renitenz« der Abzuschiebenden und ihr nicht näher erläutertes Straftatenregister betont. Daß Menschen sich aus Todesangst gegen ihre »Rückführung« zur Wehr setzen – oder sogar versuchen, sich das Leben zu nehmen, wird sowohl von den meisten Medien als auch von der Hamburger Innenbehörde absichtsvoll verschwiegen. Statt dessen wird anschaulich beschrieben, welche Sicherheitsmaßnahmen angewandt werden. So wußte die Welt bereits am 31. August, jeder Flüchtling werde auf dem Flug von drei BGS-Beamten begleitet und bewacht. Auch ein spezieller Helm solle zum Einsatz kommen. Er solle die »unfreiwilligen Passagiere« vor »Verletzungen und die begleitenden Beamten vor Bissen schützen«.

Die Kosten der Aktion – Presseberichten zufolge satte 140 000 Euro – werden indes nicht nur von Hamburg, Belgien und der Schweiz getragen. Auch die Bundesländer Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen beteiligen sich laut Senat daran, denn aus jedem dieser Länder wurden Flüchtlinge für den Charterflug nach Hamburg transportiert.

In der Abflughalle des Flughafens Fuhlsbüttel protestierten am Montag morgen nach Angaben des Hamburger Flüchtlingsrates rund 30 Menschen gegen die Sammelabschiebung. Mit Transparenten, Reden, Sprechchören, einem Theaterstück und Flugblättern wiesen sie die Passagiere und das Flughafenpersonal auf die menschenrechtswidrige Aktion hin. Diese fand jedoch gut abgeschottet vom »normalen« Flughafenbetrieb statt. Cornelia Gunßer vom Flüchtlingsrat sagte gegenüber jW, von der Aussichtsterasse aus habe man beobachten können, wie gegen 8.30 Uhr eine Aero-Flight-Maschine mit den Flüchtlingen »beladen« wurde. Um 9 Uhr sei das Flugzeug aufs Rollfeld gefahren und kurz darauf abgehoben.

Die Aktivisten auf dem Flughafen wandten sich insbesondere gegen die Deportation von Menschen nach Togo. In ihrer Heimat liefen die Betroffenen Gefahr, von dem seit über 35 Jahren in dem westafrikanischen Land herrschenden Diktator Gnassingbé Eyadéma als Oppositionelle verfolgt zu werden. Ihnen drohten Inhaftierung, Mißhandlung oder gar Folter.

Sammelabschiebungen per Charterflug sollen künftig verstärkt innerhalb der Europäischen Union

koordiniert werden. Bereits in der Nacht zum 26. Mai hat von Hamburg-Fuhlsbüttel aus eine Aktion wie die gestrige stattgefunden (jW berichtete am 28. 5.). Die EU bezuschußt das Ganze. Wie die niederländische Ministerin für Ausländerangelegenheiten und Integration, Rita Verdonk, im Mai mitteilte, hat die Europäische Kommission am 22. Januar 30 Millionen Euro für »gemeinsame Abschiebungen im EU-Verbund« für die Jahre 2005 und 2006 bereitgestellt. Dieses Geld sei unter anderem für die logistische Vorbereitung von gemeinsamen Abschiebungen und für die Flüge selbst bestimmt, so Verdonk.